



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XX/292 - 19. Dezember 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0696690

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Heimatvertriebenen und die ungarische Tragödie	S. 1
Befürchtungen und Hoffnungen im Widerstreit	S. 3
Frankreich und die Folgen des Suez-Abenteuers	S. 5
Zu den Erinnerungen des Reichspressechefs Walter Zechlin	S. 6
Friedrich Stampfer antwortet dem "Rheinischen Merkur"	S. 8
Bistumsgründung im Ruhrrevier	S. 8

Ungarnhilfe als Ehrenpflicht

Von Wenzel Jaksch, MdB.

Wer könnte den Zwiespalt der Gefühle leugnen, der uns in dieser Weihnachtszeit beherrscht? Wer kann den Gedanken loswerden an das kleine ungarische Volk, das die Botschaft seines Freiheitswillens mit Blut und Tränen in das Buch der Geschichte eingetragen hat? Während wir feiern, wird es frieren, Und die heldenmütige Stadt Budapest - es müsste ein Wunder geschehen, wenn sie nicht auch noch sterben müsste. Der Schmerz um die Toten, die Sorge um die Deportierten, das Heimweh der Geflüchteten, sie werden unsichtbar auch unsere Weihnachtsgäste sein. Öffnen wir ihnen unsere Herzen! Wir hätten kein Recht mehr, von Europa zu reden, wollten wir uns der Tragödie dieses nahen, in geschichtlichen Sinne nachbarlichen Landes verschließen.

Was sich in den letzten Wochen in Ungarn abspielte, ist nicht nur ein Aufstand gegen die russisch-kommunistische Fremdherrschaft gewesen. Es war auch eine Revolte gegen die Herzensträgheit des Westens, gegen die Koexistenzialisten, die sich mit der Versklavung halb Europas schon abgefunden hatten, unter der Bedingung natürlich, dass es ihnen in der freien Hälfte Europas gut gehe ... Nun sind wir alle herausgefordert, nicht allein durch das Schauspiel der Gewalt, sondern auch durch das Beispiel einer absoluten Freiheitsgesinnung, die viele schon ausgestorben wänten. Wir sind gefragt, was wir für die Freiheit tun wollen.

Manches an unmittelbarer Hilfeleistung ist geschehen. Spenden aus

vielen Teilen der freien Welt sind unterwegs; der Jammer ist, dass das schlechte Gewissen der heutigen Machthaber Ungarns die Welle der menschlichen Hilfsbereitschaft nicht ungehindert über die Grenzen fluten lässt bis in die Spitäler und Arbeiterviertel von Budapest, zu den Notleidenden in allen Winkeln dieses schwergeprüften Landes. In dieser Lage mag es wenigstens als eine Botschaft unseres guten Willens gelten, dass der Bundestag in seiner letzten Sitzung vor Weihnachten beschlossen hat, zur Finanzierung von Hilfsmassnahmen für Flüchtlinge aus Ungarn im laufenden Haushaltsjahr 1956 vorerst 25 Millionen DM bereitzustellen. Der Nachsichtigkeit des Vertriebenen-Abgeordneten Richard Reitzner ist es zu danken, dass der diesbezügliche Antrag der SPD-Fraktion nicht ins neue Jahr hinein verschleppt worden ist. Damit sind wenigstens die Mittel gesichert für die auch von den anderen Fraktionen beantragten Massnahmen, wie Sicherung der Kulturpflege für Ungarn-Flüchtlinge, Hilfsmassnahmen für Studenten und Lehrlinge, sowie Vorkehrungen zur Übernahme ungarischer Bildungsanstalten.

Rühmenswert ist, dass der Haushaltsausschuss des Bundestages dem Antrag auf Bereitstellung von 25 Millionen DM für solche Zwecke einstimmig zustimmte. Dass die Initiative beim Ausschuss für Heimatvertriebene lag, erhöht vielleicht noch das moralische Gewicht des Beschlusses. Es wird übrigens einer missgünstigen Presse im In- und Auslande künftig schwerfallen, die grossen Organisationen der vertriebenen Deutschen als Brutstätten des Völkermordes und des "Revanchismus" hinzustellen. Viel zu wenig ist leider bekannt, dass eine der ersten privaten Hilfsaktionen aus der Bundesrepublik von der Landsmannschaft der Ungarndeutschen ausging, deren Vorsitzender persönlich 25 Tonnen Hilfsgüter im Budapester Rochus-Spital ablieferte. Auch die kleine Landsmannschaft der Karpathendeutschen übte tätige Hilfsbereitschaft an Ort und Stelle. In der ungarndeutschen Donau-Siedlung bei Darnstadt drängten sich die Einwohner, um als Blutspender den Verwundeten des ungarischen Freiheitskampfes zu helfen. Der Gedanke der europäischen Solidarität lebt auch über das Erlebnis der Austreibung hinweg.

Besteht die Gefahr, dass wir zuviel tun könnten? Natürlich dürfen wir die eigenen Sozialprobleme nicht vergessen. Die Bundesrepublik hat ein Flüchtlingsproblem von tragischer Permanenz zu meistern und den täglich neu einströmenden Opfern des Ulbricht-Stalinismus in der Sowjetzone sollte künftig eher mehr Hilfsbereitschaft zugewandt werden als bisher. Aber die Sowjetzonenflüchtlinge selbst werden zweifellos anerkennen, dass es ein Unterschied ist, ob man die Freiheit im nicht-russischen Teil des eigenen Vaterlandes suchen muss, oder im fremden Lande. Wären zwei Drittel Ungarns frei, dann gäbe es kaum ein ungarisches Flüchtlingsproblem für die Bundesrepublik. Doch es geht hier schliesslich um Verpflichtungen, die auf charitativem Wege allein nicht abgegolten werden können. Es muss auch eine moralische und eine geistige Solidarität der Demokratien geben. Nicht jeder exilierte Freiheitskämpfer ist ein künftiger Staatsmann, aber manche Emigrationen haben schon Geschichte gemacht. Hier ist wahrlich eine Chance für das deutsche Volk, für die Zukunft Freunde zu gewinnen. In den Städten und Dörfern Ungarns ist für die freie Welt neue Hoffnung erkämpft worden. Möge unser ritterliches Verständnis für die ungarischen Freiheitskämpfer nicht kleiner sein, als ihr Heldentum.

Zerklüftetes England an der Jahreswende

E.A., London

Eine Handvoll zweitrangiger Politiker hat im verflossenen Jahre mit den Gefühlen und wahren Interessen des englischen Volkes Schindluder gespielt. Seit der Verstaatlichung des Suezkanals durch Nasser Ende Juli lebte die Bevölkerung in einem Dauerzustand von Beklommenheit. Die Woche "bewaffneter Konflikt mit Ägypten", wie Herr Eder die nackte Aggression bezeichnete, fiel zusammen mit dem Höhepunkt des nationalen Aufstandes in Ungarn. Eine Welle von Chauvinismus - Antikommunismus brauste durch das Land, beide geschürt durch dieselben Kreise, die reaktionären Politiker und die in den Zeiten des Imperialismus reichgewordenen Interessenten.

Umso höher bleibt es zu bewerten, dass nicht nur Sozialisten, Liberale und sogar ein Teil der moderner gesinnten Konservativen, sondern auch zumindest die Hälfte der Bevölkerung sich nicht vom Strudel eines überlebten Nationalismus hinwegreissen liessen. Seitdem die britischen Truppen begannen, Port Said zu evakuieren, hat sich die Leidenschaft, mit der man die Intervention diskutierte, abgekühlt. Aber die Diskussion ist nicht abgeschlossen. Wie kann sie es auch sein, wenn kaum eine Familie im Lande zu Weihnachten und Neujahr von den Suezkonsequenzen, Treibstoffrationierung und Verkehrsbeschränkungen unbetroffen blieb.

Unüberbrückbare Kluft

Die Ägyptenintervention hat eine Kluft im Lande aufgerissen, die sich nicht schliessen kann, solange die Schuldigen, das "Suezkabinett", am Ruder bleiben. Von einer gemeinsamen Opferbereitschaft, um die wirtschaftlichen und politischen Schäden des Suezabenteuers zu reparieren, kann keine Rede sein. Das unerfreuliche Durcheinander der Treibstoffrationierung mit Schwarzhandel und Preisschwindeleien ist ein böses Omen für das, was noch bevorstehen mag. Derartige Misstände hatte es bei den viel härteren Kriegsrationierungen nie gegeben.

Unter den gegebenen Umständen klangen die offiziellen Sympathiebeteuerungen für das ungarische Volk wie üble Dissonanzen. Wie konnten auch Männer, deren Aktion in Ägypten von der Generalversammlung der JK fast einstimmig als Aggression verdammt worden war, mit chrlicher Überzeugung die russische Intervention in Ungarn als blutige Aggression beurteilen? Ein inneres Schuldbewusstsein mag die englische Regierung gezwungen haben, im Falle der Ungarnflüchtlinge sich grosszügiger zu zeigen als sich je eine britische Regierung zu der grossen Masse von politischen Flüchtlingen benommen hat, die Asyl auf den britischen Inseln suchten. Sie mag aber auch diesmal der in der englischen Bevölkerung überaus starken Sympathie für die Freiheitskämpfer von Budapest Rechnung getragen haben.

Versagen der westlichen Regierungen

Die Gebefreudigkeit war ausserordentlich gross. Man kann sie wohl am getreuesten messen an den Trauringen, die von armen Frauen und Witwen, die kein Geld schicken konnten, eingesandt wurden. Es

lag an der Unfähigkeit der bürokratischen Verwaltung, dass nach der Aufnahme von 11 000 Ungarnflüchtlingen der Strom vorläufig abgestoppt werden musste; die Regierung wird sich beeilen müssen, die Tore für weiteren Zustrom nach England zu öffnen, wenn sie von der hilfsbereiten Bevölkerung nicht krasser Unfähigkeit und bösen Willens geziehen werden will.

Hilfe für die Flüchtlinge bedeutet aber nur Unterstützung der Opfer, nicht aber eine wirksame Unterstützung des Freiheitskampfes der Ungarn, oder der anderen Völker der Randstaaten. In dieser Hinsicht haben die westlichen Regierungen versagt, ja durch ihre eigene egoistische Politik den Weg zu einer Befreiung der Oststaaten erschwert. Die Tagung des NATO-Rates in Paris beweist, dass man von Budapest nicht gelernt hat. NATO bleibt nach dem Willen der westlichen Regierungen ein militärisches Instrument. Die Empfehlungen der "Drei Weisen", um aus ihr ein politisches, wirtschaftliches und kulturelles Instrument zu machen, haben kaum ein akademisches Interesse gefunden. Divisionen und atomare Waffen beiderseits des eisernen Vorhanges aufzuhäufen, darin bestand die Politik des kalten Krieges, dessen Methoden man nicht aufgeben möchte. Damit aber lässt man Ungarn im Stich.

Lehren von Budapest und Suez

Auf dem dunklen Hintergrunde der Tragödien von Budapest und Suez lassen sich aber von London aus auch einige Lichtblicke erkennen. Auch in England wächst das Verständnis dafür, dass man nicht zu dem Zustand zurückkehren darf, der vor dem Ausbruch der Katastrophen bestand. Die Suez-Intervention hat die Lehre eingehämmert, dass auch Grossbritannien es sich heute nicht mehr leisten kann, selbst für vitale Interessen Krieg zu führen, wenn die zwei Riesen, USA und UdSSR dagegen sind. Mindestens die Zustimmung eines der beiden Riesen ist dazu erforderlich. An der Sünde wider diese Wahrheit droht die Tory party zu zerschellen.

Ob Sir Anthony Eden in der gerühmten Einsamkeit von Jamaica auch über die Lehren von Budapest nachgedacht hat, ist eine andere Frage. Sein Suezfieber mag verfliegen sein, die internationale Temperatur aber bleibt erhitzt. Vorläufig haben nur die Führer der englischen Opposition versucht, einen politischen Weg der Hilfe für Ungarn und die Randstaaten zu finden. Hugh Gaitskell machte den Vorschlag für eine neutrale Zone zwischen West und Ost, die einige der Randstaaten und Deutschland umfassen würde. Die NATO-Truppen könnten Deutschland und die Sowjetstreitkräfte Ungarn, Polen und die Ostzone verlassen, um den Weg zu einer Lösung zu eröffnen, die sowohl für die Sowjetunion wie für den Westen ernehmbar sei.

Aufbruch der Gefühle und Meinungen

So befindet sich die englische Bevölkerung an der Jahreswende in einem Aufbruch der Gefühle und Meinungen. Man sucht nach einem Ausweg aus der Niedergeschlagenheit über das Suezabenteuer und aus dem Gefühl der Ohnmacht den ungarischen Ereignissen gegenüber. Pessimismus, dass aus dem Unheil von 1956 noch schlimmere Ereignisse erwachsen können, ist stark und scheint nicht unberechtigt; vielleicht aber erweist sich der Optimismus derer als stärker, die aus den Ereignissen von 1956 die Lehre zu ziehen bereit sind und die Zukunft mit neuen Ideen zu gestalten versuchen.

Kriegsangst eine Seltenheit

l.o. - Paris

Ein eigenartiges politisches Phänomen war in Frankreich gegen Jahresende zu beobachten. Vom Standpunkt der "praktischen Vernunft" her, schien es unbegreiflich. Vom Standpunkt der nationalen Psychologie her gesehen, mag es begreiflich werden, und es charakterisiert die Stimmung der überwiegenden Mehrheit des Volkes ebenso wie es seine Hoffnungen und Befürchtungen für die nahe Zukunft verdeutlicht.

Das Phänomen bestand in der Art, in der die Folgen des Suezfeldzuges hingenommen wurden. Obwohl die Ölknappheit in höchst peinlicher Weise zu spüren war und ist, obwohl sie nicht nur direkt, sondern auch indirekt unangenehme Wirkungen hatte, Verknappungen mit sich brachte, manche Industrien in erheblichem Masse behinderte, wurde sie beinahe ohne Murren hingenommen. Denn nicht die sozialistisch geführte Regierung trage die Schuld für die politische Schlappe am Suezkanal, sondern, wie Aussenminister Christian Pineau es vor dem Nationalrat der Sozialistischen Partei (SFIO) ausdrückte, die Anwendung von zweierlei Mass durch die Vereinten Nationen: Die Demokratien folgen den Weisungen der UN, die Diktaturen kümmern sich nicht um sie.

Damit hatte Pineau, der zuerst heftigster Kritik ausgesetzt war, genau das gesagt, was "das Volk" meint. Es mag erstaunlich klingen, aber es ist eine Tatsache, dass anscheinend kaum jemand die Drohung Moskaus, es werde "Freiwillige" an den Suezkanal schicken, ernst nahm. Noch jetzt wird diese Auffassung als richtig angesehen, und eben deshalb ist Kriegsangst eine Seltenheit. Die Vorgänge in Polen und Ungarn, der Streit der Führer in der Sowjetunion, die inneren Auseinandersetzungen innerhalb zahlreicher kommunistischer Parteien, alles dies bewirkt, dass die Absicht der UdSSR, einen Weltkrieg zu entfesseln, als nicht vorhanden empfunden wird.

Deutsche Sowjetzone - gefährlichster Krisenherd

Wenn es ein Gebiet gibt, wo Pulver aufgehäuft liegt, in Mengen, die einen Weltbrand hervorrufen können, so ist es nach Meinung des französischen Zeitungslesers nicht die Gegend am Nil, sondern die an der Elbe. Die grosse Sorge ist in wenigen Worten ausgedrückt: Was ist zu erwarten, wenn es in der Sowjetzone zu Ereignissen kommt, die denen gleichen, die sich in Ungarn abspielen? Diese Sorge wurde auch dadurch nicht verringert, dass sie Mitte Dezember im Rat der NATO diskutiert wurde; denn die NATO hat zwar diskutiert, sich jedoch gehütet, irgendeinen entsprechenden Entschluss zu fassen, oder gar die Bundesrepublik zur Einhaltung einer bestimmten Politik - für den Fall des Eintritts eben dieses Ereignisses - zu nötigen. Mit anderen Worten, es gibt kein NATO-Programm, das eine solche Entwicklung voraussieht und die dann anzuwendende Methode vorschreibt.

So sehr die Sowjetunion sich danach sehnen mag, im Mittelosten oder gar direkt am Mittelmeer, also etwa in Syrien oder Ägypten, festen Fuss zu fassen, so wenig ist, nach der französischen Volksmeinung,

diese Gefahr akut. Das Unternehmen entspräche nicht der jetzigen inneren Situation und der ausserpolitischen Stärke der UdSSR. Ganz anders aber wäre die Reaktion, so wird gefolgert, wenn es zu Unruhen oder Kämpfen in einem direkt zur russischen Einflussphäre gehörenden Gebiet käme, also etwa in der deutschen Sowjetzone. Hier liegt der Gefahrenherd. Und die Beispiele Polens und Ungarns hätten gezeigt, dass bei den internationalen Organisationen eben mit zweierlei Mass gemessen wird; denn, im Gegensatz zum Verhalten während der Suezkrise, habe niemand einen Finger gerührt, um etwa den Ungarn politisch zu helfen.

Beruhigungspillen

Gewiss gibt es eine Beruhigungspille. Sie wird von Politikern verteilt, die der festen Überzeugung sind, dass auch Unruhen in der Sowjetzone kein Eingreifen von aussen her hervorrufen würden. Denn stillschweigend oder vielleicht sogar nach einer Übereinkunft, die nicht einmal schriftlich niedergelegt zu sein braucht, seien zwischen den USA und der UdSSR gewisse Einflussphären anerkannt, und nur dort, wo diese Grenzen nicht festgelegt sind, im Mittelosten etwa und in Nordafrika, könne es zu Auseinandersetzungen kommen. Nur so sei es begreiflich, dass England und Frankreich bei ihrem Vorgehen am Suezkanal in das Magnetfeld beider Kolosse, des Moskauer wie des Washingtoners, gerieten. Beiden habe daran gelegen, auch dort jede Gefahr eines Weltkrieges auszuschalten, in der Hoffnung, dass man sich in nicht zu ferner Zukunft auch über dieses Gebiet wird einigen können.

Aus dieser Sicht heraus - gleichviel, ob sie richtig ist oder nicht - erklärt sich auch die Gelassenheit, mit der es in Frankreich hingenommen wurde, dass weder London noch Paris den Washingtoner Verbündeten über ihre Suez-Absichten unterrichteten; jede Unterrichtung hätte eben eine sofortige, heftige Reaktion ausgelöst. Andererseits aber bieten begreiflicherweise gerade diese Überlegungen, wenn sie zum süssen Ende durchdacht werden, die Grundlage für ein Gefühl der Beruhigung. Denn wenn es zutrifft, dass der grössere Teil der Welt "aufgeteilt" ist, so hätte sich die Aussicht auf plötzliche Explosionen erheblich verringert, und man kann beruhigt sein. Inner freilich mit der einen Ausnahme der deutschen Sowjetzone. Denn dort mag das Gefühl über alles andere siegen. Dort mag eine Regierung bremsen, das Volk aber nicht gebremst werden wollen, dort mag sich ein Stein lösen, der Lawinen bildet. Dort also wird, berechtigt oder nicht, das Zentrum einer Gefahr gesehen. Nicht im fernen Afrika, sondern an der nahen Elbe.

+ - -

Lachender Diplomat als Pressedompteur

Eines der unterhaltendsten und liebenswürdigsten politischen Bücher der letzten Zeit erschien dieser Tage "Pressechef bei Goert, Hindenburg und Kopf" von Walter Zechlin, Schlütersche Verlagsanstalt und Buchdruckerei Hannover, 234 S. DM 14.--.

Es handelt sich dabei nicht nur um ein mit heiterer Gelassenheit geschriebenes Erinnerungsbuch, sondern auch um eine sehr politische Veröffentlichung, in eigentlichem Sinne dieses Wortes, sofern man nicht in der Vorstellung lebt, Politik müsse unter allen Umständen

mit ernster Miene serviert werden, und der Gewürze des Humors, der Ironie - auch der Selbstironie - und der lustigen Anekdote entbehren.

Zechlin jedenfalls berichtet in der ihm eigenen plauderhaften Art - um diesen fontaneschen Ausdruck zu gebrauchen - auf das reizendste aus seiner Zeit als Reichspresseschef in der Weimarer Republik während der Jahre 1926-1932 und später als niedersächsischer Landespresseschef nach dem Ende des zweiten Weltkrieges. Wenn der Autor für einen politischen Typus kein Verständnis gehabt hat (und für die meisten, noch so verschiedenartigen, hatte er es) so war es für den des "feierlichen Esels", wie er diese Kategorie von ledernen, überheblichen Bürokraten einmal im Gespräch genannt hat. Er sagt in dem vorliegenden Buch selbst, er habe nicht die Absicht, eine politische Darstellung der Epoche zu geben, in der er in eminent politischer Stellung tätig war. Aber die Geschichte dieses Zeitabschnittes wird durch seinen persönlichen Bericht auf weite Strecken hell angestrahlt und vor allen derjenige bekommt viele Einblicke, der die damalige Zeit noch nicht voll bewusst miterlebt hat. Dass Zechlin ohne Bedenken ist, reichlich sich selbst zu zitieren, entspricht seiner ganzen unbekümmerten Art und meistens können sich diese Selbstzitate auch durchaus.

Als Höhepunkt seiner Laufbahn hat er wohl die Ära Stresemann angesehen. Diesen hervorragenden Ausserminister hat er ganz besonders verehrt, bei aller seiner Wertschätzung etwa auch für Brüning. Warme Anerkennung und hohes Lob zollt er auch Ebert. Von ihm sagt er einmal: "Was mir bei ihm immer wieder auffiel, war die Sicherheit und Ruhe, die von ihm ausging. Man merkte ihm an, dass er es seit Jahren gewohnt war, an der Spitze einer Millionenpartei, der Sozialdemokratie zu stehen und in dieser Eigenschaft klar zu denken und entschlossen zu handeln." - Der Versuch, Hindenburg durch die Hervorhebung mancher menschlicher Vorzüge auch politisch zu entlasten, ist ihm freilich misslungen. Das Bemühen, um politisches Verständnis für den greisen Feldmarschall an der Spitze der deutschen Republik zu werben, fördert im Gegenteil ein solches Ausmass an entwaffnender Kalvität und politischer Weltfremdheit zutage, dass man auch bei diesem Anlass nur wieder bestürzt darüber sein kann, dass in den entscheidenden Jahren dieser Mann in Deutschland soviel Einfluss besass. - Der letzten Teil seiner Aufzeichnungen bildet die Schilderung Zechlins über seine Zeit in Niedersachsen, wo der immerhin schon 66jährige im Jahre 1945, schwungvoll wie je, in die gleiche Katarie zurückging und seinen Teil Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands übernahm.

Zechlin ist für jeden ältoren politischen Journalisten zu einem Begriff geworden. Man hat ihm, den Sozialdemokraten, der auch zahlreiche hohe diplomatische Posten vor und nach seiner Zeit als Reichspresseschef bekleidete, in allen politischen Lagern hochgeschätzt, wegen seiner immer wecken Intelligenz, seines Humors, für den das vorliegende Buch eine Fülle von Beispielen liefert, seines grossen Verständnisses für die Zeitungsleute und ihre Arbeit. Es ist ein reines Vergnügen, ihm auf seiner Fahrt durch die Vergangenheit zu folgen. Hier wird Politik auf wirklich menschliche Weise nahegebracht.

Peter Raunau

Wehrpflicht und Wahlkampf - eine persönliche Bemerkung

Seit geraumer Zeit beobachte ich die journalistischen Kunststücke, die Herr P.W. Wenger in "Rheinischen Merkur" aufführt, mit Kopfschütteln. Ich war daher schon auf einiges gefasst, aber sein neuestes geht mir doch über die Hutschnur.

In vielen Artikeln habe ich die Politik Adenauers und der CDU als verhängnisvoll falsch und unvereinbar mit dem Streben nach Wiedervereinigung angegriffen. Ich habe zu Verhandlungen mit dem Osten geraten und die Schaffung einer breiten neutralen Zone mit Gesamtdeutschland als Kernstück vorgeschlagen. Nach alledem dürfte ich erwarten, dass P.W. Wenger, seinen Gepflogenheiten entsprechend, mich als staatsgefährliches Subjekt der Aufmerksamkeit des Bundesinnenministers empfehlen würde. Wer beschreibt mein Erstaunen, da ich mich eines Tages mit Lob überschüttet fand, gerade als ob ich zu den treuesten Gefolgsleuten des Bundeskanzlers gehörte.

Wie ich zu dieser unverhofften Ehre gekommen bin? Nun, die "Westfälische Rundschau" hatte einen Artikel von mir gedruckt, in dem ich zwar die Einführung der Wehrpflicht in einem Teil des gespaltenen Deutschland für einen Fehler erklärte, aber auch davor warnte, ihre Wiederabschaffung als unmittelbares Ergebnis der kommenden Wahlen zu erwarten. Nur eine skrupellose Demagogie konnte es fertigbringen, aus diesem Artikel, durch Verdrehungen und Verzerrungen eine Rechtfertigung der CDU-Politik gegenüber der sozialdemokratischen herauszudestillieren.

Herr P.W. Wenger ist so freundlich, meinem Verantwortungsgefühl hohes Lob zu zollen. Ich will ihm gern gestatten, sich ein Stück davon abzuschneiden. Er kann es brauchen.

+ + +

Ein Akt staatsräumlicher Vernunft

Der, mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Schaffung eines neuen katholischen Bistums für das Ruhrgebiet mit dem Sitz in der Industriestadt Essen kamen jahrlange Verhandlungen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der römischen Kurie zum erfolgreichen, für beide Seiten befriedigenden Abschluss. Die Gründung eines neuen Bistums in Europa ist an sich ein ungewöhnliches Ereignis. In diesem Jahrhundert gab es in deutschen Landen nur einen Präzedenzfall: die Schaffung eines Bischofssitzes 1929 in Aachen. Damals wie heute unterzeichneten sozialdemokratisch geführte Regierungen den Vertrag mit der Kurie: für Aachen die damalige Regierung unter Otto Braun, für Essen die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, an deren Spitze der Sozialdemokrat Fritz Steinhoff steht.

Die Idee, das Ruhrgebiet in einer eigenen Diözese zusammenzufassen, geht auf einen sehr genauen Kenner der deutschen kirchlichen Verhältnisse zurück - auf den gegenwärtigen Papst Pius XII. Durch den nach dem zweiten Weltkrieg erfolgten Zustrom von Vertriebenen in das an dichtesten besiedelte Gebiet Europas erhielt der Plan Roms neuer Auf-

trieb. Die Verhandlungen zogen sich jahrelang unter dem Mantel grösster Diskretion dahin, es gab auch keine Unterbrechungen oder gar Schwierigkeiten nach dem Umsturz in Düsseldorf, der die Ablösung des Kabinetts Arnold durch das Kabinett Steinhoff brachte. In der Regierungserklärung Steinhoffs hiess es, die Landesregierung werde der Kirchen als den berufenen Trägern des religiösen Lebens besonderen Schutz und nachhaltige Unterstützung zuteil werden lassen, wie sie sich auch verpflichte, entstehende Spannungen und Gegensätze zwischen den christlichen Bekenntnissen und den gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen und politischen Gestaltungskräften durch aufrichtige Toleranz zu lösen. Auf dem Katholikentag in Köln, den die Landesregierung recht tatkräftig förderte, sagte der Sozialdemokrat Steinhoff zu den Hunderttausend versammelten gläubigen Katholiken:

"Ich bejahe die grosse volkerzieherische Idee der Kirche. Das innere seelische Leben des Volkes braucht, wenn es nicht der Auflösung und Verkümmern anheimfallen soll, eine die Seele behütende und aufrufende Instanz, die die innersten Lebenskräfte des Volkes weckt, den Geist der Bruderschaft nährt und die grossen politischen und sozialen Tugenden der Ehrfurcht, der Treue, der Verantwortung und der Solidarität pflegt, ohne die ein Volk nicht leben kann."

"Der Staat sagt ja zur Kirche! Kirche und Staat sollten in dieser geschichtlichen Stunde sich die Hand reichen im Kampf um die grossen und letzten Menschheitsideale, um die Würde des Menschen, um die Freiheit des Menschen und um die soziale Gerechtigkeit."

Vom Geist dieser bewegten Ansprache waren auch die Schlussverhandlungen mit der päpstlichen Nuntiatur in Godesberg getragen. Für die Sozialdemokratie als die nun führende Regierungspartei in Nordrhein-Westfalen war es ein Akt der Selbstverständlichkeit, die langgehegten päpstlichen Wünsche nach Errichtung eines Bistums im Ruhrgebiet zu erfüllen - sehr in Gegensatz zu den Erwartungen bestimmter Kreise, die glaubten, es werden sich hier Gegensätze entzünden.

Die Zeiten sind längst vorbei, wo sich Kirchen und Sozialdemokratie unversöhnlich gegenüberstanden. Diese Gegensätze gehören endgültig dem 19. Jahrhundert an, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gibt es für sie keinen Raum. Die Kirchen haben die Bedeutung der sozialen Frage erkannt, die Sozialdemokratie wiederum bezieht ihren geistigen Standort nicht mehr aus den sehr bedingten und begrenzten Erkenntnissen des vergangenen Jahrhunderts, sie ist nicht vermessen, auf alle Fragen des Lebens die Antwort zu geben. Im Kampf um die grossen Menschheitsideale, um die Freiheit und Würde des Menschen und um die soziale Gerechtigkeit gibt es heute keine entscheidenden Gegensätze, die nicht auf demokratische Weise im Geiste der Toleranz ausgeglichen werden können. Dass es gerade unter der sozialdemokratischen Regierung Steinhoff zur Regelung einer die katholische Kirche sehr berührenden Frage kam, ist ein bedeutungsvoller Vorgang, der, so sollte man meinen, der Legende von der Kirchenfeindschaft der Sozialdemokratie ein für allemal die Grundlage entzieht.